

Grüne Wirtschaft: Fehlgeleitetes Wunschdenken

Manch einer ist der Meinung, dass die Volksinitiative „Grüne Wirtschaft“ weitaus weniger gefährlich ist als angenommen. Abgestimmt wird am kommenden 25. September aber nicht über eine „Signalwirkung“ für diese oder jene Entwicklung, sondern über einen präzisen Text, der vom Staat verlangt, eine dirigistische Politik mit allen ihren negativen Konsequenzen zu verfolgen.

Volksinitiative schlägt überraschenderweise keine grossen Wellen

Drei Wochen vor der Abstimmung über die Volksinitiative „Grüne Wirtschaft“ scheint diese kaum für Schlagzeilen zu sorgen. Zu lesen ist vielmehr, dass die Senkung des Verbrauchs natürlicher Ressourcen auf jeden Fall notwendig sei; dass die Unternehmen nicht bedroht sind, da diese schon seit alters her über eine ausgezeichnete Fähigkeit zur Anpassung verfügten und dass ganze Wirtschaftszweige von der Umstellung auf grüne Technologien profitieren würden. Zu guter Letzt: Die Verringerung des Verbrauchs um zwei Drittel ist nur ein Ziel, auf das wir hin arbeiten sollten, unabhängig davon, ob wir das Ziel erreichen oder nicht. So scheint die Initiative wesentlich ungefährlicher als sie tatsächlich ist.

Selbstverständlich ist ein schonender Umgang mit unseren natürlichen Ressourcen wünschenswert (ein Gebiet, auf dem sich Schweizer Unternehmen schon heute auszeichnen); unbestritten ist auch die Fähigkeit unserer Unternehmen, sich neuen Herausforderungen zu stellen sowie das wirtschaftliche Potenzial von „Cleantech“ (zwingend zu unterscheiden vom Begriff Cleantech, wie er von Marketingstrategen regelmässig verwendet wird). Man darf sich aber davon nicht in die Irre führen lassen: Die Volksinitiative der Grünen ist für eine solche Debatte ungeeignet.

Der Initiativtext, nach ein paar generellen Ausführungen zur Verantwortung der öffentlichen Körperschaften und einem Aufruf zur nachhaltigen Wirtschaft, verlangt vom Staat ausdrücklich eine willkürliche Politik, die Zwischenziele setzt, deren Umsetzung überwacht und falls notwendig, „Vorschriften für Produktionsprozesse, Produkte und Abfälle“, „Steuer- oder Budgetmassnahmen“ erlässt, insbesondere „eine zweckgebundene oder haushaltsneutrale Lenkungssteuer auf den Verbrauch natürlicher Ressourcen“. Auch die Definition des Ziels, auf welches man mit solchen Massnahmen hinsteuert, wird nicht der Politik oder der Wirtschaft überlassen, sondern soll in der Verfassung festgeschrieben werden: „Bis ins Jahr 2050 wird der „ökologische Fussabdruck“ der Schweiz so reduziert, dass er auf die Weltbevölkerung hochgerechnet eine Erde nicht überschreitet.“ Umgerechnet auf unseren heutigen Ressourcenverbrauch bedeutet dies eine Reduktion um den Faktor 3.

Ein Verfassungstext ist kein Scherz

Ein Verfassungstext ist weder ein Scherz, noch eine Absichtserklärung. Die Bestimmungen in der Verfassung können auch nicht nachträglich ihres Sinns entleert werden, wenn man sich der schädlichen Folgen der Bestimmungen bewusst wird. Es ist also nicht möglich, für die Initiative „Grüne Wirtschaft“ zu stimmen, nur weil man ein „Signal“ für einen Vorschlag geben will, der einem von vornherein



Es ist also nicht möglich, für die Initiative „Grüne Wirtschaft“ zu stimmen, nur weil man ein „Signal“ für einen Vorschlag geben will, der einem von vornherein sympathisch ist. Im Gegenteil gilt es, sich klar darüber klar zu werden, welche Auswirkungen solche Verfassungsbestimmungen haben.

sympathisch ist. Im Gegenteil gilt es, sich darüber klar zu werden, welche Auswirkungen solche Verfassungsbestimmungen in der Realität haben.

Schon erwähnt wurde, dass die Schweizer Firmen substanzielle Anstrengungen unternehmen, um ihren Verbrauch zu senken und Materialien zu recyceln. Jetzt eine Verringerung des Verbrauchs um den Faktor 3 zu fordern, ist nicht nur utopisch – höchst wahrscheinlich ist, dass das Ziel selbst mit einer Vielzahl von Regulierungen und Steuern nicht erreicht wird. Es ist auch ein schlechter Lohn für die bereits geleisteten Anstrengungen.

Zweifelslos würden die im Cleantech tätigen Firmen für eine gewisse Zeit gute Geschäfte machen, auch dank des von der Gesetzgebung quasi auferlegten Vertragszwangs. Was geschieht aber mit all den anderen Firmen, deren Position man schwächt, indem man ihre Handlungsfreiheit durch neue Vorschriften und Steuern beschneidet? Diese Einschränkungen und Kosten sind zusätzliche Lasten im Vergleich mit ihren ausländischen Konkurrenten. Lasten, die zum starken Schweizer Franken und zu den hohen Arbeitskosten dazukommen. Auch für die Unternehmen, die weniger unter Konkurrenzdruck stehen und diese zusätzlichen Kosten auf den Konsumenten abwälzen können, beinhaltet diese Regulierung Schikanen, die unnötig und entmutigend sind.

In Schönheit sterben

Unnütz: Darauf gilt es zu beharren. Selbst wenn man davon ausgeht, dass für den Preis zahlreicher Entbehrungen und einer veritablen Rezession der Verbrauch der Schweiz um den Faktor 3 reduziert würde, hätte dies keine spürbare Wirkung auf unseren Planeten. Mit anderen Worten: Das Risiko negativer wirtschaftlicher Auswirkungen ist gewiss, während das ökologische Resultat praktisch null ist. Die Volksinitiative „Grüne Wirtschaft“ scheint auf perverse Weise die Form eines selbstzerstörerischen Narzissmus anzunehmen, welche das Gewissen derjenigen beruhigt, die diese Initiative unterstützen.

Nichts hält die Schweiz davon ab, das Ideal einer „Kreislaufwirtschaft“ zu verfolgen bzw. zu fördern. Auf alle Fälle gilt es aber zu verhindern, dass man dem Staat hier eine Führungsrolle gibt. Die Ergebnisse, die man bereits erzielen konnte, lassen diesen Schluss zu. Im Gegenteil: Zahlreiche Beispiele aus der Planwirtschaft zeigen auf, dass solche Ansätze definitiv zum Scheitern verurteilt sind. Es gilt, solchen irreführenden Versuchungen zu widerstehen und mit NEIN gegen eine Initiative zu stimmen, die sich zum Schein „Grüne Wirtschaft“ nennt.

Pierre-Gabriel Bieri

Übersetzung: Philip Kristensen